

Gemeindehaus wird vorerst nicht verkauft

Der Trimbacher Gemeinderat wollte das Gemeindehaus verkaufen. Als mögliche Alternative für die Verwaltung schwebte ihm ein Umzug in das neu entstehende Breiti-Areal vor. Doch die Gemeindeversammlung zwingt die Exekutive zu einem Marschhalt.

Noël Binetti und Fabian Muster

Das Trimbacher Gemeindehaus ist über 50 Jahre alt. Es wurde 1967 erstellt und befindet sich bis auf wenige Bauteile im Originalzustand. Das Gebäude müsste vollständig renoviert werden, weil es etwa bei der Isolation und bei der Infrastruktur nicht mehr den heutigen Anforderungen genügt. Daher hat der Gemeinderat entschieden, das Gebäude zu veräussern; zudem hatte er die Idee, mit der Gemeindeverwaltung ins neu entstehende Breiti-Areal zu ziehen. «Durch einen solchen Umzug der Gemeindeverwaltung wird die Entwicklung und Integration der Breiti ins Dorf gestärkt», heisst es im Bericht des Planteams S AG aus Solothurn, die diesen im Auftrag der Gemeinde verfasst hat. Der Verkehrswert der Liegenschaft inklusive Grundstück wird von einem Immobilienhändler auf rund 1,4 Millionen Franken geschätzt.

An der Gemeindeversammlung am Montagabend zu Gast war eine Vertreterin der Investorengesellschaft GoldSpring AG mit Sitz in Wilen bei Wollerau SZ. Eigentlich hätte deren Geschäftsführerin Edith Steinmann den Verkauf des Gemeindehauses schmackhaft machen sollen. Doch nach einigen Worten der Begrüssung schloss sie wieder mit dem Satz: «Viel mehr kann ich Ihnen im Moment dazu nicht sagen, stehe aber für Auskünfte zur Verfügung.»

Die Investorengesellschaft möchte das Gemeindehaus abreißen und plant an dessen Stelle ein Mehrgenerationenhaus. Der Antrag des Gemeinderates sah vor, mit den interessierten Investoren einen Vorvertrag abzuschliessen. Aktuell ist das Grundstück der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen zugewiesen. Das Planerteam schlägt vor, das Grundstück der viergeschossigen Kernzone zuzuteilen. In dieser Zone sind derzeit öffentliche Bauten, Geschäfts- und Wohnbauten sowie höchstens mässig störende Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe zulässig. Die Gebäudehöhe dürfte höchstens 13,5 Meter betragen.



Das Gemeindehaus aus dem Jahr 1967 ist sanierungsbedürftig. Daher wollte es der Gemeinderat verkaufen.

Bild: Bruno Kissling

Sozialregion: Gemeinderat bisher nicht zufrieden mit Verhandlungen mit Olten

Das Budget 2022 der Sozialregion Olten sieht einen Kostenanteil für Trimbach von fast 2,3 Millionen Franken vor. Der Anteil des Administrationsaufwands beträgt für die Gemeinde rund 460 000 Franken. Hinzu kommen die nicht subventionierten Restkosten, welche in der Gemeinde Trimbach schon länger zu reden geben und in der Sozialregion pro Fall berechnet werden (wir berichteten). Verhandlungen mit der Stadt Olten hätten nicht das gewünschte

Ergebnis gebracht, darum habe der Gemeinderat der ausgehandelten Vertragsanpassung nicht zugestimmt, sagte Gemeindepräsident Martin Bühler. Man wolle mehr herausholen und werde bereits an der nächsten Gemeinderatssitzung über das weitere Vorgehen beraten. Auch externe Hilfe habe der Gemeinderat zugezogen. Es bleibe im Moment nichts anderes übrig, als dem Budget der Sozialregion, welches Restkosten für Trimbach von beinahe 860 000

Franken vorsieht, zuzustimmen. Das wurde schliesslich mit 50 zu 5 Stimmen auch getan.

Das Budget 2022, welches unveränderte Steuerfüsse für natürliche (125 Prozent) und juristische Personen (106 Prozent) vorsieht, wurde durchgewinkt. Noch ist dabei die Investition der abgelehnten Mahrenstrasse zu korrigieren; das veranschlagte Defizit liegt derzeit bei einem Aufwand von knapp 31 Millionen Franken bei 490 000 Franken. (nob)

Die Trimbacherinnen und Trimbacher trieb an der Gemeindeversammlung aber die Frage um, was mit dem Gemeindestandort geschehen soll. Unter mehreren Personen, welche dazu das Wort ergriffen, hatten zwei sich auf diesen Moment vorbereitet. Beide forderten, dass der Gemeinderat zuerst eine Ersatzlösung für die Gemeindeverwaltung zu evaluieren

habe und sich erst dann um den möglichen Verkauf des Gemeindehauses kümmern könne. «Der Antrag vom Gemeindestandort macht so keinen Sinn», meinte etwa ein Stimmbürger. Eine Frau schlug vor: «Ich empfehle dem Gemeinderat einen zeitgemässen Holzbau am jetzigen Standort.» Und eine weitere Person plädierte dafür, das Grundstück am jetzigen Verwal-

tungsstandort höchstens im Baurecht aus der Hand zu geben. Bühler versuchte zu beschwichtigen: «Es geht nun darum zu entscheiden, ob wir die Gelegenheit mit der interessierten Investorenschaft nutzen sollen oder nicht.» Wenn ein Nein gefällt werde, müsse man halt wieder über die Bücher und allenfalls darauf hoffen, dass sich wieder mögliche Käufer für das

«Es geht nun darum, zu entscheiden, ob wir die Gelegenheit mit der Investorenschaft nutzen sollen.»



Martin Bühler
Gemeindepräsident Trimbach

Grundstück finden lassen: «Das sind zum jetzigen Zeitpunkt Unsicherheiten.»

Die Sache war nach einigem Hin und Her aber vom Tisch. Mehrere Anträge aus der Bevölkerung wurden in diesem Sinne zusammengenommen; daraus folgte das Resultat, dass 56 Personen gegen den eingefädelteten Verkauf zum jetzigen Zeitpunkt stimmten, lediglich 9 dafür.

Gleichzeitig wurde der Gemeinderat beauftragt, drei alternative Standortvarianten und die damit verbundenen Kosten zu prüfen: Entweder ein Neubau am bisherigen Standort, ein Umbau und Einzug in den «zu gross geratenen» Mühlemattsaal – so ein Stimmberechtigter – oder der Kauf von Stockwerkeigentum in der geplanten Breiti-Überbauung.

Sanierung Mahrenstrasse wird ebenfalls abgelehnt

Auch das zweite grosse Geschäft des Abends brachte der Gemeinderat nicht durch. Der beantragte Kredit über 2,2 Millionen Franken zur Sanierung der Mahrenstrasse ab 2022 inklusive Ersatz sämtlicher Leitungen wurde mit 30 zu 21 Stimmen abgelehnt. Emotionen seien bereits im Vorfeld spürbar gewesen, merkte Gemeindepräsident Martin Bühler an. Einige der Anwesenden meldeten denn auch ihre Bedenken an bezüglich dem zu erwartendem Mehrverkehr während der Bauzeit. Immer neue Einwände tauchten auf, und Bühler war sichtlich bemüht, zur Abstimmung zu kommen.

Die Frage des Baustellenverkehrs sei ungeklärt; auch der Zeitpunkt für die Sanierung sei zumindest fraglich, tönnte es aus dem Johannessaal. Dies, weil in der Umgebung (Wernlihang, Dürrenbergstrasse) mehrere Bauprojekte vorgesehen seien. Es sei anzunehmen, dass zu schwere Fahrzeuge die neugebaute Strasse gleich wieder in Mitleidenschaft ziehen könnten. Weitere Zweifel meldeten Hauseigentümer an, für welche eine Beteiligung an den Kosten anfallt. Auf die Frage, wie hoch diese Kosten ausfallen, konnten Gemeinderat und Bauverwalter keine genauen Zahlen nennen. Man kaufe so die Katze im Sack, hiess es aus dem Plenum als Antwort. Dass die Strasse saniert werden muss, war unbestritten. Der Gemeindepräsident betonte, dass es sich nicht um einen Ausbau, sondern lediglich um eine Instandstellung handle. Doch alles nützte nichts. Das Geschäft erlitt ebenfalls Schiffbruch.

Die «Filiale mit Partner» kommt durch

An der Gemeindeversammlung in Däniken wurden alle Anträge genehmigt. Gegenstimmen gab es nur beim Kauf der Postliegenschaft.

Cyrill Pürro

Der Souverän befand unter anderem über den Antrag des Gemeinderates, das Postgebäude an der Poststrasse zu kaufen. Da soll es zu einer «Filiale mit Partner» mit der Post und dem Volg kommen. Die Post stelle seit längerer Zeit eine rückläufige Entwicklung in Däniken fest. Gemäss Gemeindepräsident Matthias Suter fehle es auch dem Volg im Kürzi-Zentrum an Laufkundschaft (wir berichteten). Deshalb schlägt der Gemeinde-

rat eine «gemeinsame Lösung für alle» vor. Das Vorhaben würde gleichzeitig den Beschluss von der Gemeindeversammlung im November 2013 stützen, dass Däniken zwischen dem Bahnhof und dem Gemeindehaus ein gestärktes Dorfzentrum erhalten soll. Dieser Entscheid fiel damals im Zusammenhang mit der Genehmigung des räumlichen Leitbildes. Die 72 Stimmberechtigten genehmigten einen dafür benötigten Kredit von knapp 1,2 Millionen Franken. Darin einberechnet sind laut Gemein-

derat der Kaufpreis der Parzelle mit der Grundbuch-Nummer 1107 im Wert von 900 000 Franken sowie die Umbau- und Sanierungskosten in der Höhe von 280 000 Franken.

Beim neuen Dorfzentrum entstehen mehr Parkplätze

Ein Bürger fragte, ob zusätzliche Parkplätze für die neue Partnerfiliale geplant seien. Suter sagte, der Gemeinderat habe über diese Frage ausgiebig debattiert und kam zu folgendem Schluss: «Die jetzige Situa-

tion mit vier Parkplätzen ist ungenügend.» Mit in die Umbaukosten einberechnet sei deshalb die Schaffung von zehn bis zwölf Parkplätzen. Eine stimmberechtigte Person ist von der Idee eines Dorfzentrums nicht überzeugt. Die Hauptstrasse würde den geplanten Kern auf Dauer «zerschneiden», weshalb eine Zentrumsbildung zwischen Bahnhof und Gemeindehaus auf Dauer nicht möglich sei. Insgesamt stimmen vier Stimmberechtigte gegen das Vorhaben der Gemeinde.

Der Deckbelag der Auffahrt H5 Nord im Bereich des Stellwerks SBB soll erneuert und die Einspurstrecke Richtung Olten verbreitert werden. Der Souverän stimmte dem Kredit von 185 000 Franken einstimmig zu. Der Deckbelag sei durch die dichte Befahrung abgenutzt und müsse saniert werden, damit weitere Ausbrüche und Risse vermieden werden können. Zudem sei der Kurvenradius bei der Einfahrt Richtung Olten für Lastwagen zu eng, weshalb bei der Durchfahrt auch Teile des

Grünstreifens beansprucht würden, betont der Gemeinderat.

Beim Budget 2022 rechnet der Gemeinderat mit einem Defizit von rund 230 000 Franken; der Gesamtertrag steigt leicht auf rund 14 Millionen Franken. Der Steuerfuss für natürliche Personen beträgt weiterhin 80 Prozent und derjenige der juristischen Personen 75 Prozent. Der Souverän verabschiedete das Budget einstimmig. Die Gemeinde sieht für das Jahr 2022 rund 430 000 Franken an Nettoinvestitionen vor.